

„DIE BETUCHTEN WERDEN GEHÄTSCHT“

Für die Politologin Erna Appelt federt das österreichische Pflegesystem das Schlimmste ab, sie sieht aber sowohl privilegierte Bevölkerungsschichten als auch armutsgefährdete Risikogruppen.

ZUKUNFT: Wie stellt sich die Situation der Pflege- und Betreuungsarbeit in Österreich dar?

ERNA APPELT: Österreich nimmt relativ viel Geld in die Hand, um die Pflege sicherzustellen. Das Wichtigste dabei ist sicherlich das Pflegegeld. Dabei gibt es aber einige österreichische Besonderheiten. Eine Besonderheit, die im ersten Moment sehr positiv klingt, ist, dass relativ viele Personen Pflegegeld bekommen. In den Pflegestufen 1 und 2 ist es in erster Linie eine Abfederung von Armut, da es vor allem Personen mit geringem Einkommen in Anspruch nehmen. Sie brauchen das Pflegegeld, um sich vor Armut zu schützen. Eine weitere, durchaus problematische Besonderheit ist, dass Österreich zu den Ländern gehört, in denen das Pflegegeld am wenigsten reguliert ist.

ZUKUNFT: Wie ist das zu verstehen?

APPELT: Es sind keine Bedingungen an die Auszahlung des Pflegegelds geknüpft. In anderen Ländern ist es so geregelt, dass die Pflege z. B. durch Gemeinden oder Wohlfahrtsorganisationen organisiert wird, das heißt, die Auszahlung des Pflegegelds ist daran gebunden, dass eine Pflegekraft zu den Familien kommt.

ZUKUNFT: Im Umkehrschluss heißt das, dass in Österreich das Geld an die Familie geht und ein Familienmitglied pflegt ...

APPELT: Und in der Regel ist das die Frau. Es ist aber in keiner Weise sichergestellt, was mit dem Geld passiert. Es kann auch zweckentfremdet eingesetzt werden. Der nächste Punkt ist, dass das Pflegegeld in keinsten Weise kostendeckend ist, es ist kein Lohn.

ZUKUNFT: Wer sind die pflegenden Frauen?

APPELT: Ehefrauen, aber sehr oft auch Töchter oder Schwiegertöchter, gerade im länd-

lichen Bereich ist dazu noch der gesellschaftliche Druck sehr groß. Frauen übernehmen dort die Pflegerolle, müssen ihren Beruf aufgeben und haben in der Folge einen Nachteil bei ihrer eigenen Pensionsversicherung.

ZUKUNFT: Ein Teufelskreis.

APPELT: Ja. Wir wissen aber auch, dass die Personen, die sich nicht frei entscheiden und es nicht aus Überzeugung machen, oft Sekundärkrankheiten bekommen. Das heißt, sie pflegen z. B. so lange, bis die zu pflegende Person stirbt, und dann werden sie selbst krank.

ZUKUNFT: Oder sie haben Probleme, wieder in den Arbeitsmarkt zurückzukommen.

APPELT: In der jetzigen wirtschaftlichen Situation ist es beinahe ausgeschlossen, vor allem bei Älteren und gering Qualifizierten. Generell kann man sagen, dass wir eine Situation haben, die das Schlimmste abfedert, wir aber große Risikogruppen haben und Gruppen, die relativ privilegiert sind.

ZUKUNFT: Wer ist privilegiert?

APPELT: Nehmen wir z. B. die 24-Stunden-Pflege, die kommt eher den gut gestellten Mittelschichten zugute. Das sei ihnen vergönnt. Es wird aber nicht berücksichtigt, dass die Pflegekräfte, die aus den östlichen Nachbarländern kommen, keinen österreichischen Verhältnissen entsprechenden Lohn bekommen. Und es gibt zwar zwei Modelle – Selbstständige oder Unselbstständige –, es wird aber nur eines, das Selbstständigen-Modell, realisiert. Dabei – und auch der ÖGB sagt, dass es eine Scheinselbstständigkeit ist – bekommen die Personen zwar ein gewisses Gehalt, das aber in keiner Weise einem Mindestlohn in Österreich entspricht.

ZUKUNFT: Sie sprechen das Hausbetreuungsgesetz aus dem Jahr 2007 an.

APPELT: Ja, ein Gesetz, das dem Gleichheitsgrundsatz widerspricht und nur für ausländische Arbeitskräfte gemacht wurde. Im Jahr 2013 gab es eine Initiative des ÖGB, im Bereich der Pflege nicht auf Scheinselbstständige, sondern auf angestellte Pflegekräfte zu setzen. Interessant waren die Reaktionen. Wirtschaftskammer, Sozialministerium und Wohlfahrtsverbände haben gesagt, das ist zu teuer. Das heißt, unsere Gesellschaft ist noch nicht bereit, das adäquat abzugelten. Man greift auf eine scheinbar unbegrenzte Ressource, nämlich Osteuropäerinnen oder Familien, sprich Frauen, zurück. Das ist in meinen Augen ein Fehler.

ZUR PERSON



Erna Appelt, Jahrgang 1951, studierte an den Universitäten Wien und Salzburg Germanistik sowie Geschichte, 1984 promovierte sie am Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Universität Wien. Von 1979 bis 1986 war sie als AHS-Professorin in Wien tätig, danach als Lektorin an der Verwaltungsakademie des Bundes. 1989 wurde sie Universitätsassistentin am Institut für Politikwissenschaft der Universität Innsbruck, wo sie sich 1995 habilitierte. Seit 1997 ist sie ao. Univ.-Prof., seit 2010 Univ.-Prof. am Institut für Politikwissenschaft.

ZUKUNFT: Die Osteuropäerinnen wiederum fehlen in ihrer Heimat.

APPELT: Dort entsteht eine Care-Lücke. Befriedigt werden die Bedürfnisse der gut gestellten österreichischen Mittelschicht.

ZUKUNFT: Kann man sagen, dass in Österreich das Geld für die Pflege da wäre, es aber teilweise falsch eingesetzt wird?

APPELT: Meiner Meinung nach kann man das insofern sagen, dass der Pflegebereich auch aus arbeitsmarktpolitischen Dingen ein Zukunftsbereich ist. Wenn man in der Pflege adäquate Löhne – und das sind Minimallöhne, bis jetzt wird ja unter dem untersten Niveau entlohnt – bezahlen würde, schafft man Arbeitsplätze und Konsum.

ZUKUNFT: Welche Entwicklungen sehen Sie?


APPELT: Ausgebaut wird die mobile Pflege und die 24-Stunden-Pflege. Ausgebaut werden sollte aber ein System mit Pflegekräften, die einem österreichischen Lohn entsprechend bezahlt werden. Professionelle Pflegekräfte, die in die Haus-

„In Osteuropa entsteht eine Care-Lücke. Befriedigt werden die Bedürfnisse der gut gestellten österreichischen Mittelschicht.“

Erna Appelt, Institut für Politikwissenschaft

halte gehen und dort pflegebedürftige Personen betreuen. Hier sollte nicht gespart werden. Es bräuchte auch Bereitschaftsdienste, die in Notsituationen zur Stelle sind, auch in der Nacht. Diese Fälle bleiben derzeit zu 100 Prozent bei den Familien hängen. Das ist meiner Meinung nach katastrophal.

ZUKUNFT: Sie haben den Ausbau der 24-Stunden-Pflege erwähnt.

APPELT: Die 24-Stunden-Pflege ist ein Wachstumsmarkt. Zwei bis vier Prozent der rund 400.000 Pflegegeldbezieher bekommen zusätzlich etwa 1000 Euro pro Monat für die 24-Stunden-Pflege. Diese Gruppe wird sozusagen gehätschelt – und es ist die betuchte. Sie müssen ja allein die räumlichen Voraussetzungen für die 24-Stunden-Pflege haben, einen Raum, wo die Pflegerin schlafen kann usw. Es gibt zwar eine Einkommensgrenze von 2500 Euro, das Vermögen der zu pflegenden Person wird jedoch nicht berücksichtigt. Man darf in diesem Zusammenhang schon die Frage stellen, ob die Menschen das Geld bekommen, die es am Dringendsten brauchen. ah 



Das gesamte Interview auf: www.uibk.ac.at/forschung/magazin/13/